

DIE GRÜNEN

BUNDESTAGSWAHL 80



WEDER KAPITALISMUS NOCH KOMMUNISMUS
DIE ALTERNATIVE IST DER GRÜNE KURS

DIE POSITION DES "ACHBERGER KREISES" IN DEN GRÜNEN

Alle reden von Freiheit – aber nur wenige praktizieren sie. Freiheit ist in erster Linie auf das geistige und moralische Leben des Menschen bezogen. Nur dann herrscht Freiheit, wenn die individuelle Erkenntnis, die persönliche Überzeugung respektiert wird. Der Einzelne darf keinem Zwang, auch nicht dem Zwang von Mehrheitsentscheidungen unterworfen werden – es sei denn, es handle sich um das Vereinbaren von Rechtsverhältnissen.

Mit dem so verstandenen Freiheitsprinzip machen DIE GRÜNEN als einzige Partei ernst. Im Rahmen ihrer Grundrichtung haben die in den GRÜNEN partnerschaftlich zusammenarbeitenden Strömungen das Recht, sich nach ihren Einsichten und ihrem Gewissen zu artikulieren.

Grüne Politik ist in diesem Sinne eine ehrliche und offene Politik, eine Politik neuer Ziele, neuer Wege und eines neuen politischen Stils – ohne den Zwang zu geistigen Kompromissen. Grüne wollen die Klarheit und Wahrheit der Aussage.

Deshalb informieren sie in ihren Programmen auch über die in ihren Reihen vertretenen Alternativen. Das ist berechtigt und notwendig, weil ja kein einheitliches Patentrezept für die Lösung der heutigen Probleme angeboten werden kann. Diejenigen, die Partner in den GRÜNEN sind, haben eine Fülle guter, schöpferischer und realistischer Vorschläge erarbeitet. Sie treten damit an gegen die alternativlose Einheitspolitik von CDU/CSU, SPD und FDP.

Es geht den GRÜNEN nicht um Regierungsmacht und Parteieneinfluß. Damit »die da oben« nicht weiter über die Köpfe der Betroffenen hinweg »machen was sie wollen«, muß die öffentliche Diskussion über unser aller Zukunft auch die bisher unterdrückten, diffamierten oder vernachlässigten alternativen Positionen umfassen. Nur dann herrscht im Bereich des öffentlichen Informationswesens wirkliche Freiheit und wirkliche Demokratie. Das ist die wichtigste Voraussetzung für alle künftigen Entwicklungen, wenn diese Entwicklungen im Interesse des Volkes sein sollen.

Dafür wollen DIE GRÜNEN sorgen. Und sie gehen mit dem guten Beispiel voran.

Im folgenden informieren die Mitarbeiter und Kandidaten des Achberger Kreises, für welche Gesamtpolitik sie sich einsetzen. Den Ideen des Achberger Kreises liegen auch praktische Erfahrungen zugrunde. Der Achberger Kreis ist eine Strömung in den GRÜNEN, die u. a. in einem freien Unternehmensverband einen dritten Weg als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus verwirklicht. Die Grenzen dieser Praxis sind durch die heute herrschenden Wirtschaftsgesetze gegeben. Der dritte Weg ist nur durch eine gesamtgesellschaftliche Neugestaltung voll zu entfalten. Deshalb wirkt der Achberger Kreis auch an politischen Initiativen mit.

Die gegenwärtig noch herrschende Richtung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung – in unserem Land wie im gesamten westlichen und östlichen Lager – muß tiefgreifend überdacht werden. Eine **grundlegende Kursänderung** ist fällig, wenn wir uns, unseren Kindern, Enkeln und späteren Generationen auf dieser Erde eine lebenswerte Zukunft sichern wollen.

Worum geht es im Kern? Es geht um die unaufschiebbare und unumgängliche Abkehr von jener Art des zivilisatorischen Fortschritts, die sich auf den Glauben stützt, nur ein ständiges Wachstum der materiellen Güterfülle würde »Lebensstandard« und »Lebensqualität« garantieren.

Dieser Glaube ist ein Irrglaube. Aber er liegt den Programmen und der praktischen Politik der etablierten Parteien ausnahmslos zugrunde. Wachstum, Wachstum über alles: Das ist der Dreh- und Angelpunkt ihrer »Weisheit«. Eine solche Einstellung ist aber angesichts unserer begrenzten Erde und auch angesichts der Natur des Menschen völlig wirklichkeitsfremd. Sie wirkt sich je länger desto mehr physisch, seelisch und geistig zerstörerisch und krankmachend aus.

Weil schon vieles versäumt ist, muß dieser naturwidrigen und menschenfeindlichen Politik nun um so entschiedener entgegengetreten werden. DIE GRÜNEN sind dazu entschlossen. Sie wollen mit ihrer Wahlbeteiligung auf die Möglichkeiten und Chancen hinweisen, **daß** und **wie** wir den Irrweg der neueren Zivilisationsentwicklung verlassen und **eine naturgerechte und menschengemäße Alternative** verwirklichen können.

Sachzwänge der alten Wachstumsgesellschaften schalten **Initiativen und Rechte** der Bürger aus und führen in die ausweglose Perspektive der Umweltzerstörung (antiökologisch), des Dauerstreits der Lohn-Preis-Spirale um die »Ware« Arbeitskraft (antisozial), der Entmündigung des Bürgers im totalen Atomstaat (antidemokratisch) und des drohenden Kriegs um die Rohstoffe (gewaltandrohend).

Gegen diese eingleisige und verblendete Wachstumspolitik aller derzeitigen Bonner Parlamentsparteien setzen DIE GRÜNEN ein Programm, das die Wiederherstellung beziehungsweise die Erhaltung des Wohlbefindens der Menschen im Arbeitsleben wie im privaten Bereich zum Ziel hat.

Die Grundprinzipien der grünen Bewegung – **ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei** – können nur unabhängig von den Sachzwängen einer auf der Macht bürokratischer Zentralen, der Hochfinanz und des Militärs aufgebauten Gesellschaft wirksam werden durch die **Selbstbestimmung** der Menschen, deren **gleichberechtigtes** Miteinander und deren **solidarische** Arbeit füreinander. Nicht reformistisches, anpassendes Hindurchlavieren durch die selbstmörderischen Sachzwänge der etablierten Systeme, sondern die mutige und entschlossene Korrektur des bisherigen Kurses eröffnet den Weg in eine **ökologische Gesellschaft**, die als **sozialer Organismus**, als menschheitliches Lebewesen an die Stelle der technokratischen Megamaschine treten muß.

Grüne Politik, das sagt schon der Name, ist in erster Linie **ökologisch orientierte Politik**. Ökologisch orientierte Politik läßt sich aber nur dann verwirklichen, wenn sie alle wesentlichen Bereiche des menschlichen Daseins in der Gesellschaft und

weltweit berücksichtigt. Die ökologische Krise, das heißt die fortschreitende Zerstörung aller Lebensräume durch naturwidrige und menschenfeindliche Wirtschaftspraktiken, ist eine **globale Krise**, die durch die weltweite Anhäufung von nuklearem Material im militärischen Bereich zusätzlich verschärft worden ist. Ökologische Politik kann daher nur im Rahmen einer – wirtschafts-, sozial-, kultur-, umwelt- und friedenspolitischen – **GESAMTALTERNATIVE** verwirklicht werden.

Schließlich sind wir der Auffassung, daß alle Aspekte der gegenwärtigen Gesamtkrise nur auf **demokratische** Weise, also nur mit aktiver Zustimmung und Beteiligung der Bevölkerung gelöst werden können und daß ihre Lösung ohne weiteren Aufschub in Angriff genommen werden muß, wenn man sehr un-demokratische Formen der »Lösung« oder gar die »Endlösung der Menschheitsfrage« durch einen III. Weltkrieg oder durch einen Kollaps des biologischen Systems der Erde verhindern will.

Die wichtigsten Ziele der Grünen Alternative

I. Ökologie

1. Umwelt-, Natur- und Gesundheitsschutz

Leben bewahren statt zerstören

Ohne konsequenten Schutz des Lebens, der Gesundheit, der Natur und der Umwelt ist keine menschliche Zukunft denkbar. Diese Aufgabe muß Vorrang haben vor allen anderen Belangen. Naturschutz darf nicht mehr in entlegene Landschaften abgedrängt werden. Er muß seinen Platz in den Städten und Dörfern und deren Umgebung haben. **Naturschutz muß zum umfassenden Lebens- und Gesundheitsschutz erweitert werden.** Kurzfristige wirtschaftliche Interessen müssen – in allen Bereichen der Reinerhaltung der Gewässer, der sauberen Luft, der naturgemäßen Bodenbewirtschaftung, der Nahrungsmittelproduktion, der Baumaterialien, der Heilmittel usw. – wieder zurücktreten hinter die ökologischen Notwendigkeiten.

2. Energie

Strom ohne Atom

Atomkraft lehnen wir kompromißlos ab. Sie ist ihrem Wesen nach nicht nur extrem lebensfeindlich, sie stellt nicht nur eine unabsehbare und unkontrollierbare Gefahr für unser Leben und das Leben vieler künftiger Generationen dar, sie ist auch viel zu teuer und zur Deckung des

realen Strombedarfs einer ökologisch und sozial eingerichteten Gesellschaft überflüssig. Die erzwungene Atomenergieproduktion mit ihren »strahlenden« Abfällen ist eine von nackter Habsucht diktierte Mißachtung allen Lebens. **Wir brauchen keine AKWs** und keine »Entsorgungsparks« für ihren Müll. Entwickeln wir mit dem nötigen Nachdruck alternative Energien aus Sonnenwärme, Wind- und Wasserkraft, Biogas usw. Statt eines zentralistischen Atomstaats brauchen wir **dezentrale Energieerzeugung** mit langfristigen Versorgungskonzepten.

3. Rohstoffe

Verantwortlich nutzen statt verschwenden

Durch die unökologischen und unsozialen Produktionsverhältnisse der privat- und staatskapitalistischen Wirtschaftssysteme werden Rohstoffe und menschliche Fähigkeiten in gigantischem Ausmaß vergeudet. An die Stelle dieser verantwortungslosen Plünderungsökonomien muß **eine ökologisch-dynamische Kreislaufwirtschaft** treten mit sparsamem Einsatz der nicht erneuerbaren Stoffe, mit Wiederverwertungstechniken und langlebigen Erzeugnissen. Statt immer mehr Quantität brauchen wir die machbare **Qualität der Produkte.**

II. Wirtschaft und Soziales

1. Bedarfsdeckung

Wirtschaften für den Verbraucher statt zum Erwerb

Um das Selbstmordprogramm des Zwanges zu ständigem Wachstum zu stoppen, müssen wir den ökonomischen Sektor umstellen vom erwerbsorientierten Wirtschaften auf **ein Wirtschaften, das keinen anderen Zweck verfolgt, als ausschließlich den sinnvollen (realen) Bedarf der Bevölkerung zu decken.** Gewinnstreben, Lohnkämpfe und Eigentumsmacht wecken irrealer Bedürfnisse und sind in einer ökologischen Gleichgewichtswirtschaft ebensolche Störfaktoren wie staatlicher Planungsdirigismus. Sie müssen beseitigt werden, damit die Gestaltung der Zukunft die Sache aller sein kann.

In die eigentlichen Aufgaben des Wirtschaftslebens – Produktion, Handel und Konsumtion von Gütern – soll von der politischen Ebene her nicht hineinregiert werden, da es sich um Kompetenzbereiche von Fachleuten handelt im Sinne aller Tätigen, vom Hilfsarbeiter bis zur Unternehmensleitung. Vom Bürger für den Bürger zu gestalten, heißt hier: **Selbstverwaltung durch Hersteller und Verbraucher.** Bestehende (z. B. Handelskammern, Gewerkschaften, Unternehmerverbände) und künftige Organe müssen in diesem Sinne eingesetzt bzw. umgestaltet werden, damit die Beteiligten und Betroffenen entscheiden können, **was, wo und wie** produziert werden soll.

Bei der Selbstverwaltung einer ökologischen **Bedarfsdeckungswirtschaft**, die an die Stelle wachstums- und profitorientierter **Bedarfsweckungswirtschaft** treten muß, ist die **Mitwirkung der Verbraucher** erforderlich. Wir fordern daher die Durchsetzung und Ausweitung des gesetzlichen Verbraucherschutzes und erstreben die

Stärkung und Aktivierung der unabhängigen Verbraucherorganisationen, damit sie gleichwertige Partner der Verbände von Industrie und Handel werden können. Darin sehen wir einen ersten, schon heute und sofort möglichen Schritt zur Bildung künftiger **Assoziationen** in einem von kapitalistischer und staatsbürokratischer Machtumklammerung befreiten wirtschaftlichen Leben. Diesen Assoziationen (Verbindungs- und Vermittlungsorganen der Verbraucher, Händler und Hersteller) kann dann auch die überbetriebliche Selbstverwaltung des ganzen Wirtschaftskörpers obliegen.

2. Arbeit

Grundrecht (-pflicht) statt Marktwert

Ein wesentlicher Teil des Fundamentes einer ökologischen Gesellschaft ist die gesicherte Bereitstellung von Arbeitsplätzen für alle arbeitsfähigen Bürger. **Arbeitslosigkeit ist unmenschlich und unökonomisch.** Durch neue Wirtschaftsgesetze, die von den realen volks- und weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen ausgehen, muß bewirkt werden, daß die Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr von Konjunkturen und technologischen Entwicklungen abhängt, sondern alle Menschen jederzeit ihre Fähigkeiten in den Dienst der ganzen Gemeinschaft stellen können. Ziel einer neuen Beschäftigungspolitik muß es also sein, die Arbeit gerechter, das heißt richtig zu verteilen. »Recht auf Arbeit« bedeutet ja eigentlich, als arbeitsfähiger und arbeitswilliger Mensch in der Zusammenarbeit mit allen anderen einen produktiven Platz innerhalb der Menschheit einnehmen zu können, um den Beitrag für das Ganze zu leisten, der aufgrund der individuellen Kräfte und Fähigkeiten möglich ist.

3. Arbeitszeit

Soviel wie nötig statt soviel wie möglich

Die Arbeitszeit, die zur Deckung des nationalen und internationalen Bedarfs erbracht werden muß, ist demokratisch zu vereinbaren. Nötig ist auch eine **Differenzierung der Arbeitszeit** je nach physischer, psychischer und geistiger Belastung durch die Art der Arbeit. DIE GRÜNEN werden Gesetzesinitiativen ergreifen, in denen sich aus dem Bewußtsein der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge die Forderungen nach Anpassung der Arbeitszeit an die tatsächlichen Notwendigkeiten, nach Differenzierung der Arbeitszeit nach menschlichen Gesichtspunkten der Belastung und nach mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten ausdrücken.

4. Humanisierung der Arbeitsstätten

Demokratisieren statt polarisieren

Die Respektierung der Menschenwürde am Arbeitsplatz erfordert in erster Linie die Überwindung des sozialen Gegensatzes von Kapitaleigentum und Lohnarbeit. **Keine Arbeit darf künftig mehr als Ware behandelt werden.** Alle Mitarbeiter eines Unternehmens – so unterschiedlich ihre Fähigkeiten, Pflichten und Funktionen auch sein mögen – sollen eine Gemeinschaft von Menschen gleichen Rechts bilden: Gleichberechtigt und gemeinschaftlich **»unternehmen«**, gleichberechtigt und gemeinsam **beraten, entscheiden, arbeiten.**

Das Übel der Entfremdung und Entmenschlichung des Menschen im modernen Arbeitsleben muß an der Wurzel angegangen werden. Solange sich an den Arbeitsstätten Menschen zweier »Klassen« gegenüberstehen – die Kapitaleigentümer einerseits und die Lohnabhängigen andererseits – ist alles Reden von »Humanisierung« eine ideologische Leerformel. Die Polarisierung der Arbeitswelt

in die gegensätzlichen Interessen von »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« kann nur überwunden werden durch die **Neugestaltung der Kapitalverhältnisse und der Verantwortung.** Auf dieser Grundlage ist die innerbetriebliche Mitbestimmung umfassend auszuweiten und weiterzuentwickeln bis zu dem Punkt, daß die Mitarbeiterschaft direkt oder durch demokratisch bevollmächtigte Vertreter aus ihren Reihen an allen grundsätzlichen Beratungen der Unternehmensleitung beteiligt ist und alle gewichtigen Unternehmensentscheidungen demokratisch kontrolliert werden. Den erforderlichen Teil der Arbeitszeit für solche Aufgaben der Selbstverwaltung zur Verfügung zu stellen, wäre eine zeitgemäße Form der Arbeitszeitverkürzung.

5. Einkommen

Existenzsicherheit statt Existenzangst

Eine konsequente Sozialpolitik muß zur **Sicherung eines Grundeinkommens** für jeden Menschen führen – unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit. Durch dieses neue Grundrecht würde die einhundertjährige Sozialgesetzgebung konsequent zu Ende geführt und von ihrer heutigen unmenschlichen Bürokratisierung – der Renten- und Krankenversicherung, des Kinder- und Arbeitslosengeldes, der Sozialhilfe usw. – befreit. An die Stelle des menschenwidrigen »Kampfes ums Dasein« mit seiner ständigen Existenzangst muß soziale Sicherheit treten durch **demokratisches Vereinbaren der Rahmenrichtlinien für die Gestaltung der Einkommensverhältnisse** der Bevölkerung.

Der ökonomische Wert einer einzelnen Arbeitsleistung ist ja in der arbeitsteilig organisierten Wirtschaft schon längst nicht mehr zahlenmäßig faßbar. Erfassbar ist nur die Realität der Gesamtleistung aller in den Endprodukten. Eine Lohnbemessung für eine bestimmte Arbeit ist daher kein errechneter Gegenwert für

eine erbrachte Leistung, sondern **reine Willkür**, die sich heute aus dem Konkurrenzkampf und aus dem Machtkampf zwischen den sog. Arbeitgebern und den Gewerkschaften ergibt. Daher ist das demokratische Vereinbaren der Einkommen, also die **Entkoppelung von Arbeit** und Einkommen eine längst von der wirtschaftlichen Wirklichkeit geforderte Notwendigkeit.

6. Weltwirtschaft

Solidarität statt Rivalität

Die Kluft zwischen dem reichen und dem armen Teil der Menschheit, die eine Folge der Ausbeutung der Dritten Welt durch die reichen Industrieländer ist, bedarf dringend des Ausgleichs durch die Bestimmung und reale Beachtung einer **CHARTA DER PRIORITÄTEN**. Durch eine neue solidarische Weltwirtschaftsordnung muß vorrangig das Ziel ausreichender und gesunder Nahrung, Kleidung und

Wohnung, der Zugang zu Bildung, die Sicherheit sozialer Fürsorge usw. für alle Menschen der Welt erreicht werden. In der Selbstbeschränkung sehen wir eine notwendige Verpflichtung des reichen Teils der Menschheit. In diesem Zusammenhang treten DIE GRÜNEN ein für einen nicht durch private oder nationale Besitzansprüche gestörten Austausch von Rohstoffen, Technik, Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern aller Art.

Die **partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt** ist auch ein Gebot der Friedenssicherung. Solange es den erbarmungslosen Wettkampf der multinationalen Konzerne um Rohstoffe und Märkte gibt, wird es immer eine latente Kriegsgefahr geben, aber auch die weitere Zerstörung wichtiger Ökosysteme (z. B. Amazonas-Regenwald), die weitere Ausbreitung der Wüsten (Sahelzone) und die fortschreitende Verschmutzung der Weltmeere mit Öl und anderen Giftstoffen.

III. Staat, Militär, Auslandsbeziehungen

1. Entstaatlichung der Gesellschaft

Selbstverwalten statt bürokratisieren

Ein hauptsächlichlicher Irrtum in gegenwärtiger Zeit ist der Glaube, man könne und müsse die überhand nehmenden Probleme durch eine ständige Ausdehnung der staatlichen Kompetenzen, durch »Lenkung« und zentralistische »Planung« von oben bekämpfen. Die Politik der GRÜNEN betreibt dagegen die **Entbürokratisierung des sozialen Lebens** durch die Beschränkung der Funktionen des Staat

tes auf die Wahrnehmung rechtlicher Aufgaben (parlamentarische Gesetzgebung, Volksabstimmung, öffentliche Verwaltung, Polizei, Besteuerung). Nur so können die Lebensimpulse der Wirtschaft und der Kultur – die freien Initiativen der Menschen – durch die entsprechenden Ordnungen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung zum tragen kommen, und nur so kann der Entmündigung des Menschen durch staatlichen Zentralismus Einhalt geboten werden. Nicht die Einschränkung, sondern die **Erweiterung der demokratischen Rechte** steht auf der Tagesordnung.

Der auf seine eigentliche Aufgabe, die **Menschenrechte** zu sichern, **begrenzte Staat** wird ein wirklich föderalistisch gegliederter und basisdemokratischer Rechtsstaat selbständiger Bürgerschaften (Kommunen) sein können.

Die Besteuerung muß gerecht und durchschaubar sein. Alle mit den heutigen, dschungelhaft verwirrten Steuergesetzen verbundene staatliche Macht und alle eingebauten Vorteile durch legale Steuerhinterziehung der Großverdiener und Wirtschaftsinstitutionen können durch eine radikale Vereinfachung des Steuerwesens beseitigt werden: durch eine allgemeine Verbrauchssteuer bei gleichzeitiger Abschaffung aller übrigen Steuern. Damit verbunden sein muß allerdings eine Neugestaltung des Eigentums- und des Erbrechts (insofern es Zusammenhänge betrifft, die zum Arbeitsfeld gehören) und eine Neuordnung in den Funktionen der Zentralbank und der Kreditinstitute. (siehe Abschnitt »Geldordnung und Kapitalordnung«)

2. Entmilitarisierung

Abrüsten statt nachrüsten

DIE GRÜNEN legen ihren außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen die Devise zugrunde, in Zukunft **auf alle Rüstung und jegliche Form von Gewaltanwendung zu verzichten**. Nur dies – nicht Wettrüsten, Aufrüsten und Nachrüsten – ist die Bedingung des Friedens. Als sofortigen ersten Schritt in der richtigen Richtung fordern wir eine 10%ige Kürzung des Rüstungsetats. Eine qualitative Minderung des militärischen Machtpotentials ist damit keineswegs verbunden. Setzen wir die frei werdenden Mittel dann für Hilfe ein, wo Hilfe not tut – drinnen und draußen.

Aufgrund ihrer relativen Unabhängigkeit, ihres internationalen Gewichts und ihrer ökonomischen Stärke hat die Bundesrepublik – vielleicht als einziges größeres europäisches Land – die reale Möglichkeit einer Sicherheitspolitik durch Abrüstung und Neutralisierung. – Sicherheit entsteht,

wenn sich Vertrauen bilden kann in solidarischer Partnerschaft mit anderen Ländern, vor allem auch mit Ländern der Dritten Welt, ohne deren wirtschaftliche Schwäche zugunsten eigener Vorteile auszunutzen.

Die notorische Weigerung der Bonner Politik, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West einzunehmen – bei gleichzeitiger Erhöhung der Rüstung – spielt mit dem Leben kommender Generationen. Mit Ausnahme der Schweiz und Österreichs ist Mitteleuropa in zwei hochgerüstete Militärblöcke gespalten, was seine eigentliche Brückenfunktion, die es den Völkern dieser Welt im Dienst ihres Überlebens und ihrer kulturellen Weiterentwicklung schuldig ist, weitgehend verhindert. Diese Lage Mitteleuropas, ein hochexplosives Pulverfaß ohnegleichen zu sein, kann nur dann verändert werden, wenn die beiden deutschen Staaten zusammen mit der Tschechoslowakei das Beispiel einer konsequenten Friedenspolitik – und das kann nur die **totale Abrüstung** bedeuten – geben. Diese Politik würde das sog. »militärische Gleichgewicht« zwischen West und Ost überhaupt nicht verändern, aber es würde eine wirkliche Entspannung bedeuten und für die Völker Mitteleuropas die Befreiung von der Gefahr einer totalen Zerstörung im Kriegsfall, einer Gefahr, die jetzt täglich wie ein Damoklesschwert über uns schwebt.

Wenn die freiwerdenden 40 Milliarden Mark des heutigen Rüstungsetats an den Welternährungsfonds gespendet würden, um ganze Völker vor dem Verhungern zu retten; wenn die Mehrheit der meist blockfreien Länder der Dritten Welt erkennen könnte, daß – anstelle einer »Entwicklungshilfe«, die sie immer mehr verschuldet und abhängiger macht und ihre natürliche Umwelt durch großtechnologische Industrialisierung zerstört – eine neutrale Bundesrepublik ihnen wirklich wirksam helfen würde: mit Brot statt mit Waffen und verzinnten Krediten, – wäre das nicht die einzig realistische Sicherheitspolitik

aus Verantwortung für die kommenden Generationen?

Das selbstkritische Ja-sagen zu einer Verantwortung, die seit der Völkermordmaschine der Nazis auf den Deutschen lastet, die einzig **wahrhaftige** und nicht bloß sentimentale Reaktion auf Holocaust, fordert den Mut zum Wagnis des Vertrauens in eine konsequente Waffen- und Gewaltlosigkeit. Wir müssen unseren Nachbarn dieses Angebot machen: Totale Abrüstung. Darin liegt die einzige Chance einer Initialzündung für die Abrüstung anderer Staaten.

Wir begrüßen das persönliche Beispiel: Jeder **Kriegsdienstverweigerer** rüstet konkret einen Soldaten dieser Welt ab. Wir fordern gleiches Recht für Kriegsdienstverweigerer und Wehrwillige. Das bedeutet: Entweder Abschaffung der Gewissensprüfung für Verweigerer oder Einführung eines Prüfungsverfahrens über die Gewissensgründe, warum einer den Dienst mit der Waffe bejaht, bevor seine Aufnahme in die Bundeswehr erfolgen kann.

IV. Kultur

1. Autonomie

Selbstverantwortung statt Fremdbestimmung

Trotz schlechtesten Erfahrungen mit der staatlichen Planwirtschaft im realen Kommunismus, hält man hierzulande – allen voran die drei Bonner Altparteien – immer noch an der **verstaatlichten** Schule und Hochschule fest. Es zeigt sich für uns darin, daß das Streben nach Macht über andere Menschen in unserer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« nicht prinzipiell, sondern nur graduell anders ist als in bolschewistischen Systemen.

3. Mitteleuropa

Teilung überwinden statt zementieren

Die Spaltung Mitteleuropas darf keine Dauerlösung bleiben. Auf der Grundlage der völkerrechtlichen **Anerkennung der Nachkriegsgrenzen** ist eine **völlige Öffnung dieser Grenzen** für das Leben Mitteleuropas, seinen kulturellen, wirtschaftlichen und menschlichen Verkehr notwendig. Ganz Mitteleuropa muß eine international garantierte entmilitarisierte Zone werden, wenn seine Menschen eine Zukunft haben sollen.

Die Aufgabe, die **Teilung Deutschlands** zu überwinden, darf nicht mehr als unzeitgemäße »Wiedervereinigung« zu einem **nationalen Einheitsstaat**, sondern muß als ein Schritt zur **Wiederherstellung Mitteleuropas als eigenständiges Kulturgebiet** verstanden werden. Die **kultur-ökologische Funktion** Mitteleuropas im Zusammenleben der Völker ist es, Brücke und Vermittlungsraum zwischen westlichen und östlichem Kulturkreis der Menschheit zu sein.

nicht die »wissenschaftlich« jeweils neuesten Lernzänge, die seine Phantasie zerstören und seine körperliche und seelische Gesundheit untergraben. Daß immer mehr Schulkinder und Studenten nur noch unter massivem Einsatz und Psychopharmaka und »Präparaten« dem Lernstreß gewachsen sind, ist für alle ökologisch denkenden Menschen ein allergrößtes Alarmzeichen.

Diese bedrohliche Situation ist von der Wurzel des Übels her nur durch **neue Kulturgesetze** zu überwinden, durch die allen Zweigen der kulturellen Produktion – Schule, Wissenschaft, Kunst, Medien, Parteien, Film, Theater usw. – die **Unabhängigkeit von staatlicher und wirtschaftlicher Einflußnahme** garantiert wird. Dies bedeutet für alle Bildungseinrichtungen auch die Sicherstellung ihrer Gleichbe-

rechtigung hinsichtlich ihrer Bildungswege und Abschlüsse.

2. Finanzierung

Gleichberechtigt statt privilegiert oder benachteiligt

Für die Finanzierung der Kulturarbeit ist eine demokratische Vereinbarung nötig, welche Bereiche und Institutionen des kulturellen Lebens als von der ganzen Gemeinschaft getragene »öffentliche« Einrichtungen behandelt werden sollen (wie in anderen Sektoren z. B. der Naturschutz, bestimmte Teile des Verkehrswesens, des Gesundheitswesens usw.). **Subventionierungen bedeuten keinerlei staatliche Hoheitsrechte.** Unabhängig von den Wegen der Finanzierung gilt prinzipiell die Selbstverwaltung der Arbeitsfelder.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Verwirklichung der Grünen Alternative

I. Strukturelle Maßnahmen

1. Dreigliederung

Entflechten statt verfilzen

Staat, Wirtschaft und Kultur sind heute zu einem undurchschaubaren Knäuel von Über- und Unterordnungsverhältnissen – kurz: zu einem **Machtgeflecht** – verfilzt, dem der einzelne Bürger rat- und hilflos gegenübersteht. Ihm bleibt meist nur der Rückzug aufs Private. Das ist dann genau das, was durch das System der ökonomisch-politisch-ideologischen Filzokratie bewirkt werden soll, damit die Herrschenden ungestört weiterherrschen können.

Im Gegensatz dazu müssen die wirtschaftlichen, kulturellen und staatlich-politischen Institutionen der Gesellschaft ihre Zusammenarbeit regional und über-regional so, wie es zur bestmöglichen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, künftig aus der **Autonomie** der einzelnen Einrichtung koordinieren. **Als Organe dieser Koordinierung sind neben den politischen Parlamenten auch Wirtschafts- und Kulturräte zu bilden.** Der Umfang ihrer Befugnisse, ihre Abgrenzung voneinander und der Modus ihres Zusam-

menwirkens muß durch eine Rahmenregelung demokratisch vereinbart werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist diesem Erfordernis entsprechend weiterzuentwickeln.

2. Dezentralität

Überschaubar nach menschlichen Maßen

Die dreigliedrige Grundstruktur des sozialen Organismus ermöglicht erst die konkrete Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes des Menschen und der frei gebildeten Gemeinschaften (Familien, Partnerschaften, Arbeitskollektive usw.) in allen gesellschaftlichen Bereichen. An die Stelle der Zentralstaaten und der Zentralwirtschaften mit ihren wuchernden Bürokratien und Kapitalkonzentrationen und mit ihrem Hang zu Imperialismus und technologischer Gigantomanie kann eine **dezentral gegliederte Gesellschaft** treten, die sich an menschlichen Maßen orientiert und den Zusammenhang ihrer überschaubaren staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen lebensgemäß gestaltet.

II. Demokratie und Informationswesen

1. Direkte Demokratie

Mitbestimmen statt aussteigen und resignieren

Die parlamentarische Demokratie muß durch die **direkte Demokratie** erweitert werden. Nur durch die **Volksabstimmung** auf Bundesebene, auf Landesebene und im kommunalen Bereich haben die Bürger eine echte Chance der Mitbestimmung in den wesentlichen Entscheidungen. Ein Volksentscheid soll durchgeführt werden, wenn 2 % der Abstimmungsberechtigten durch ihre Unterschrift eine Referendumsinitiative unterstützen.

2. Freie Information

Alternativen aufzeigen statt unterdrücken

Sämtliche Medien müssen zur **freien und gleichberechtigten Information** über die verschiedenen Alternativen, die Gegenstand einer Volksabstimmung sind, verpflichtet sein. Das bedeutet, daß den zur Abstimmung stehenden Positionen in der Zeit zwischen der erfolgreichen Initiative und der Abstimmung gleiche Sendezeiten in Funk und Fernsehen und gleicher Spaltenraum in der Presse zur Begründung ihrer Vorschläge eingeräumt werden müssen.

III. Geld- und Kapitalordnung

1. Geldordnung

Organisch statt mechanistisch

Die angedeuteten Maßnahmen auf der Demokratie- und der Informationsebene sind auch die Voraussetzung für die notwendigen, am Wohl des sozialen Ganzen orientierten Neuordnungen des Geld- und Kreditwesens und der Verfügungsrechte über Grund und Boden, Produktionsstätten und Produktionsmittel, weil diese Umgestaltung nur nach umfassender gesellschaftlicher Diskussion und nur aufgrund demokratischer Mehrheitsentscheidungen durchgeführt werden können. Hierbei stellt sich gleichermaßen die Aufgabe der Neutralisierung privater wie staatlicher Entscheidungsbefugnisse. Die in den GRÜNEN vertretenen Strömungen haben dazu verschiedene Lösungsmodelle entwickelt. Die Vorschläge des Achberger Kreises gehen in die folgende Richtung:

Wenn man – was einem ungetrübten Blick gar nicht schwer fällt – einmal hinter den Schleier blickt, hinter dem die Geldtechniker heute ihre Schaltzentralen und Geldoperationen verbergen, dann stößt man auf drei Grundfunktionen, die wir für eine gesunde und stabile Währung benötigen: Erstens das (natürlich zins-) **freie Kreditieren der Leistungen**, die für die Bedarfsdeckung der Verbraucher auf dem Arbeitsfeld erbracht werden müssen, zweitens das **herausgeben der Einkommen** für alle Einkommensempfänger (womit diese Konsumwerte **kaufen**, wovon sie vielleicht einen Teil **sparen** oder andere Konsumenten dann **leihen** oder wovon sie mehr oder weniger für das

schenken/spenden, was sie unterstützen wollen) und drittens die notwendige Funktion des **Ablösens der Kredite** zum Ausgleich der Unternehmensbilanzen (wo für die Abgabe von Leistungen an die Verbraucher – z. B. Schule, Naturschutz, usw. – keine Preise verlangt werden, fließen aus den kalkulierten Überschüssen der anderen Unternehmen die erforderlichen Subventionen).

Die Währungsverhältnisse sind dann in Ordnung, wenn dieser Kreislauf durch keine sachfremden Rechte – z. B. Verzinsung, Wertpapiere, Börsenspekulationen usw. – gestört wird. Alle Gesetze, aus denen sich heute der sog. Geldmarkt ergibt, müssen verschwinden. Auf der Grundlage der angedeuteten Grundfunktionen sind die demokratisch legitimierten und kontrollierten Selbstverwaltungsorgane des Wirtschaftslebens für die störungsfreie Gestaltung der **organischen Geldordnung** nach den Erfordernissen der realen Bedarfsentwicklung verantwortlich.

2. Kapitalordnung

Neutralisieren statt privatisieren oder verstaatlichen

Zwei Eigentumsvorstellungen haben die Welt in zwei bis an die Zähne bewaffnete, verfeindete Lager gespalten. Beide Vorstellungen sind anachronistisch. Sie führen – auf verschiedene Weise – zur faktischen **Enteignung der Mehrheit** durch eine Minderheit und zur Festigung von deren Machtposition. Diese Enteignung geht heute so weit, daß wir zurecht schon von einer »Enteignung der Gesundheit, der Intelligenz und der seelischen Harmonie des Menschen« sprechen können.

Damit der Mensch nicht vollends zum Objekt einer vollautomatisierten Welt wird, müssen wir seine Enteignung durch die private oder staatliche Kapitalordnung rückgängig machen und auf die heutigen Verhältnisse bezogen das weiterentwickeln, was in den germanischen Rechts-

vorstellungen – im Unterschied zu den römischen, die sich historisch durchgesetzt haben – veranlagt war. Wir nennen diese Alternative das »**neutralisierte Kapital**«: Alle zum gesellschaftlichen Arbeitsfeld, also zur organisierten Arbeitswelt gehörenden Kapitalmittel, Grund und Boden und Produktionsstätten sind nicht eigentumsfähig. Sie müssen frei zirkulieren, das heißt treuhänderisch denen zur Verfügung stehen, die die Fähigkeiten haben, sie sachgemäß einzusetzen. Nur diese Form des treuhänderischen »Eigentums« macht die **soziale Verpflichtung**, von der das Grundgesetz im Artikel 14 spricht, realisierbar und befreit dieses Postulat von der Willkür privater Moral.

Fazit

Ein dritter Weg als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus

Wir haben diese Darstellung eingeleitet mit dem Gedanken, es müsse heute die gesamte gesellschaftliche Entwicklung im Westen wie im Osten tiefgreifend überdacht werden. Wir haben in den vorstehenden Punkten die unserer Ansicht nach wesentlichsten Aspekte kurz beleuchtet und wollen den Gedankengang nun zum Abschluß nochmals zusammenfassen:

In den kapitalistischen Verhältnissen des Westens wird die Entwicklung des gesamten sozialen Lebens und seiner Teilbereiche aus der Verfügungsgewalt über den Einsatz der finanziellen Mittel und des Kapitals bestimmt. Geld und Kapital konzentrieren sich aber hauptsächlich bei den großen Banken und den Industriekonzerne. Doch auch die Gewerkschaften, die Medien und große Teile der Wissenschaft sind in diesen Gesamtkomplex kapitalistischer Machtkonzentration integriert, der – vermittelt über die Lobby, personelle Verfilzungen und abhängige Parteien – auch die Parlamente längst aufgesaugt hat. Die Handlungsweisen dieses Machtkomplexes produzieren alle Schäden, unter denen wir leiden und die nun gar die Grundlagen des Lebens schlechthin in Frage stellen.

In den kommunistischen Verhältnissen der Länder des sog. »real-existierenden Sozialismus« (UdSSR, DDR, usw.) handelt es sich im Prinzip darum, daß die Fehentwicklungen des Kapitalismus in den Funktionen der staatsbürokratischen Monopolisierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse verschärft (radikalisiert) und dadurch in vieler Hinsicht noch katastrophaler sind.

Beide Systeme, der Kapitalismus des Westens wie der real-existierende Kommunismus des Ostens, sind Systeme

einer gigantischen Vergeudung. Wenn auch unsere Bundesrepublik in eine immer größere Staatsverschuldung hineintreibt, wenn von einer unsicheren Rentenzukunft die Rede ist und überhaupt mehr und mehr spürbar wird von der Angst der Menschen vor Unsicherheit und bedrohlichen Entwicklungen und wenn immer wieder die zynische Frage gestellt wird an das, was die grüne Alternative fordert: **Wer soll das** – Umweltschutz, mehr Entwicklungshilfe, Grundeinkommen für alle, längere Schulzeit, kürzere Arbeitszeit usw. – **bezahlen?**, und wenn man den GRÜNEN dann eine »unseriöse Politik« vorwirft, weil sie gar keinen Grund darin sehen, systemimmanente »Finanzierungspläne« vorzulegen, dann muß man darauf antworten, daß sich in der Tat diese zwei Dinge ausschließen: Die Vergeudungsmechanismen der kapitalistischen Profitwirtschaft und der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft einerseits und die ökologische Kreislaufwirtschaft des sich selbst verwaltenden sozialen Organismus andererseits.

Von einem Journalisten der Süddeutschen Zeitung wurde der ehemalige Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) einmal auf folgende These angesprochen: »Ein Drittel dessen, was unser System produziert, ist Ausstoß, ein Drittel ist überflüssig, und nur ein Drittel ist wirklich in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung«. Friderichs hat dieser These im wesentlichen zugestimmt, aber gleichzeitig behauptet, daß daran nichts zu ändern sei: so funktioniere eben unser System.

Doch daran ist etwas zu ändern: durch **die neuen Wege der grünen Politik**. Diese Politik – das heißt: dieses Programm der

Selbstgestaltung und Selbstverantwortung der Wirtschaft, der Kultur und des Staates – wird dadurch finanziert, daß die zwei Drittel aller Leistungen, Rohstoffe und Energien, die heute vergeudet werden, weil sie »nicht in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung« stehen, durch die angedeuteten Maßnahmen in Einklang mit diesen Bedürfnissen gebracht werden. Das ist die »Finanzierung«, um die es heute geht und die wir nur erreichen werden, wenn wir uns lossagen von jeglicher Form des Kapitalismus wie von jeglicher Form des bürokratischen Kommunismus.

Die grüne Alternative ist ein Dritter Weg.

Ihren Zielen stehen heute – im Westen wie im Osten – die angedeuteten Machtstrukturen entgegen. Sie tendieren ihrem Wesen nach immer zur Zentralisierung und damit zur Kollektivierung, Vermasung, Entmündigung und Vereinsamung der Menschen. Wer die Grüne Alternative will – das heißt: die Selbstverwaltung der Arbeitsfelder und die Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Betroffenen als Konsumenten wie als Produzenten auf ökologischer Grundlage im öffentlichen Leben wie im privaten Bereich –, muß daher auch konsequent dafür eintreten, daß die in den heute herrschenden Gesellschaftssystemen liegenden Faktoren, die uns die Durchführung des Selbstmordprogramms aufzwingen, restlos ausgemerzt werden. Die nur dadurch mögliche **Wiederherstellung eines menschengemäßen und naturgerechten Lebens** ist eine innere und äußere Notwendigkeit für eine heilsame Menschheitszukunft.

Für dieses Ziel sind DIE GRÜNEN angetreten und dafür erbitten sie die Mithilfe aller. Viele helfen schon mit und viele mehr, als man denkt, sind innerlich schon dabei. Es ist an der Zeit, daß die Gegenbilder zu den Scheinalternativen des Blocks der etablierten Parteien deutlich heraustreten können – die kleinen und großen, kühnen aber realitätsbezogenen Entwürfe, Wünsche und Forderungen aus den Notwendigkeiten dieser Zeit.

Manche mögen fragen, ob DIE GRÜNEN denn eine Chance haben gegen die Apparate und Figuren des etablierten Lagers. Stehen sie nicht auf aussichtslosem Posten? – Aussichtslos, wie David einst gegen Goliath! Also: Wir können es schaffen, wenn alle jugendlichen, alle konsequent demokratischen und alle humanistischen Kräfte sich zusammentun. Dann wird den Demonteuren unserer schönen Welt bald die Luft ausgehen, und es wird ihnen nicht gelingen, uns in ihre öde, hartherzige und phantasielose Gesellschaftsarchitektur einzubetonieren.

Wir haben genug geschlafen, Freunde. Guten Morgen! Wir machen uns auf die Socken nun: als Christen, Sozialisten, Liberale. Es muß Frühling werden – in diesem Herbst. Wir haben lange genug gewartet und gezauert. Jetzt laßt uns versuchen, den Kurs zu ändern, ehe es vielleicht zu spät sein wird. Wir wollen nicht mitverantwortlich werden für eine Zukunft, die »Nach uns die Sintflut« heißt. Wir wollen nach uns die Zukunft, die Zukunft des Lebens.
